

Neujahrsempfang SPD-Kreisverband Höxter  
Sonntag 22. Januar 2012, 11.00 Uhr Orgelmuseum Borgentreich  
Heinz Kriete, Ltd. Regierungsschuldirektor a.D.

„Die Schule der Zukunft“: Umfassender und anspruchsvoller hätte das Thema kaum sein können, das mir der SPD-Kreisverband Höxter als Redebeitrag für den heutigen Neujahrsempfang gestellt hat.

Noch umfänglicher würde das Thema, wenn man das Thema nur geringfügig anders formuliert hätte, nämlich „Die Zukunft der Schule“ oder noch präziser „Die Zukunft ‚meiner‘ Schule vor Ort“. Denn das ist das Thema, das landauf landab diskutiert wird. Vor allem dort, wo der Rückgang der Schülerzahlen besonders hoch ist. Doch zurück zum gestellten Thema „Die Zukunft der Schule“.

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht in Zeitungen und Magazinen, in Radio und Fernsehen, in Talkrunden und Internetforen über Fragen der Bildung und Erziehung diskutiert wird. Die Fragen zur Zukunft der Schule, vor allem auch der Schule vor Ort, stehen gegenwärtig auf den Tagesordnungen der Politik von der Landesebene bis hinunter in die einzelne Kommune.

Fragen zu Bildung und Erziehung und zur Zukunft der Schule sind offensichtlich neben Stichworten wie Finanzkrise und Globalisierung ein aktuelles Megathema.

Erwarten Sie also bitte nicht, dass es mir auch nur ansatzweise gelingen könnte, in rund 30 Minuten, ein in sich schlüssiges Bild der Schule der Zukunft zu zeichnen.

Was ich aber versuchen möchte ist, einige Probleme zu benennen, Entwicklungslinien zu kennzeichnen und Konturen deutlich zu machen, die die Thematik bestimmen.

Stichwort Probleme:

„Nur 2 Prozent der Studenten in Deutschland kommen aus Elternhäusern mit einem niedrigen Bildungshintergrund. Dagegen haben mehr als zwei Drittel der Studierenden einen Vater oder eine Mutter mit akademischem Abschluss.“

So war es in einem Bericht der Süddeutschen Zeitung Nr. 12/2012 vom Montag dieser Woche zu lesen, und weiter heißt es: „Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern fällt demnach der Weg in die Hochschulen besonders schwer. Im Vergleich von 25 europäischen Staaten bildet die Bundesrepublik in Sachen sozialer Bildungsförderung das Schlusslicht – zusammen mit Kroatien, Polen, Lettland und der Slowakei.“

Der Bericht bezieht sich auf den jetzt vorgelegten vierten Eurostudent-Report des Hochschulinformationssystems in Hannover, in dem unter anderem 200.000 Studierende in 25 Länder befragt wurden.

Das ist wahrlich ein verstörender und deprimierender Befund, vor allem aus sozialdemokratischer Sicht. Denn wenn es einen bestimmenden Antrieb und ein wesentliches Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik der vergangenen Jahrzehnte gab, dann war es ja gerade der Abbau der Bildungsbenachteiligung und damit verbunden der soziale Aufstieg der Kinder aus den nicht privilegierten Gruppen der Bevölkerung.

Ein zweites aktuelles Zitat:

„Verstehen Sie das Herr Schmidt?“. Unter dieser Überschrift erscheinen in regelmäßigen Abständen im Zeitmagazin die Gespräche zwischen Helmut Schmidt und Giovanni di Lorenzo, dem Chefredakteur der Zeit.

In der Ausgabe Nr. 3 vom 12. Januar dieses Jahres ging es um das Stichwort Gerechtigkeit. Auf die Frage „Welcher Aspekt von Gerechtigkeit ist Ihnen denn besonders wichtig?“ antwortete Helmut Schmidt:

„Chancengleichheit für Kinder, Schüler und junge Leute. Und das schließt natürlich Kinder mit sogenanntem Migrationshintergrund ein. Es ist gerecht, allen die gleichen Chancen zu geben. Was der einzelne dann daraus macht ist eine andere Frage. Der eine macht das Abitur, vielleicht sogar den Dr. phil., der andere wird Dachdeckermeister, ein Dritter bleibt ungelernter Arbeiter – das ist in meinen Augen in Ordnung, wenn alle drei von Anfang an die gleichen Chancen hatten.“

Es tut gut, den Begriff „Chancengleichheit“ wieder aktualisiert zu sehen. Er war aus der politischen Diskussion weitgehend verschwunden und durch den schwammigen Begriff „Chancengerechtigkeit“ ersetzt worden, weil Chancengleichheit je ohnehin nie zu erreichen sie und dadurch nicht als vernünftige Zielsetzung taugte.

„War die deutsche Gesellschaft früher nicht etwas durchlässiger und der Aufstiegs-wille ausgeprägter als heute?“, war eine zweite Frage.

Antwort Helmut Schmidt: „Es war schon einmal etwas besser, nämlich unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, zu Beginn der Weimarer Zeit. Da konnten Leute wie mein Vater, der eine reine Grundschulausbildung hatte, in ihrer Jugend Volkshochschulen besuchen, Seminare belegen, nachträglich ein Arbeiterabitur machen und studieren. Mein Vater war der Sohn eines ungelernten Arbeiters, aber er hat es bis zum Leiter einer Berufsschule in Hamburg gebracht. Das war ein typisches Beispiel dafür, was zu Beginn der Weimarer Zeit möglich war.“

Wer hätte das gedacht, der Beginn der Weimarer Zeit, also etwa die Jahre 1919 bis 1923 als die Zeit, in der ein Aufstieg leichter möglich war als in den Jahren danach bis in die heutigen Tage!

Das reizt wohl eher zum Widerspruch und trifft in dieser Ausschließlichkeit vielleicht auch nicht zu. Aber immerhin war es eine Zeit des großen gesellschaftlichen Aufbruchs in vielen Bereichen: An erster Stelle der Aufbau der ersten Demokratie auf deutschem Boden nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, das doch eher ständisch und obrigkeitlich geprägt war, um den wesentlichsten Punkt zu nennen.

Oder denken wir an die Reformschulbewegung mit völlig neuen pädagogischen Ansätzen, die in etlichen Schulversuchen erprobt wurden, und schließlich an die Errichtung der Grundschule, der ersten Schule für „alle Kinder des Volkes“ in den ersten vier Schuljahren.

Wir alle wissen, dass viel von alledem durch die Beharrungskräfte in den alten Eliten und nicht zuletzt durch Inflation, Wirtschaftskrise und Nazidiktatur verloren ging, und dass 1945 ein erneuter Neuanfang erforderlich war.

Dieser Neuanfang war allerdings kein Aufbruch, er war vor allem geprägt von dem Versuch, an „Altbewährtes“ anzuknüpfen, ein Vorgang, den man üblicherweise als „Restauration“ bezeichnet, und er hatte den entscheidenden Nachteil, dass er in vielen Bereichen von den Siegermächten vorgegeben und nicht wirklich verinnerlicht war.

Die Schulreformen von Mitte bis Ende der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts haben dann neuen Schwung in die Debatte gebracht und Entwicklungen angestoßen, die auch positive Ergebnisse gezeitigt haben:

So war die Trennung der alten Volksschule in die Grundschule und die Hauptschule sicherlich ein notwendiger und erfolgreicher Schritt.

Die Lehrpläne für die Grundschule wurden deutlich anspruchsvoller und die anfangs sehr erfolgreiche Arbeit der Hauptschule hat unter anderem mit der Erweiterung auf ein 9. und schließlich auch 10. Schuljahr oder auch durch den Englischunterricht ab Klasse 5 den gestiegenen Anforderungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gut entsprechen können.

Zwischenbemerkung: Wenn heute die Hauptschule in weiten Teilen keine Akzeptanz mehr findet, dann ist dies besonders schmerzlich, weil vor allem die Hauptschule, nicht zuletzt durch den gestiegenen Zuzug von Kindern aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte, vor besondere Herausforderungen gestellt wurde, auf die sie wie kaum eine andere Schulform mit neuen pädagogischen und unterrichtlichen Ansätzen antwortete. Ein Wunsch für diese kontinuierliche Abwendung liegt vor allem in dem Wunsch der Eltern, ihren Kindern den höchstmöglichen schulischen Bildungsabschluss, das Abitur zu ermöglichen.

Eine Begründung für diesen Wunsch dürfte in dem erkennbaren Erfolg der Schulreformen zum Ende der sechziger Jahre liegen, der sich darin abbildet, dass sich die Quote der Schülerinnen und Schüler, die mit dem Abitur den höchsten formalen Schulabschluss erreichen, deutlich erhöht hat, von einer absoluten Minderheit zu Beginn der fünfziger Jahre

auf gegenwärtig etwa 30%, ein Wert, der allerdings in den Regionen durchaus unterschiedlich ausfällt.

Und doch haben nach Untersuchungen zum Beispiel der OECD Kinder aus „bildungsfernen Familien“ bei gleicher Begabung nach wie vor eine vier- bis sechsmal geringere Chance das Abitur zu erwerben und damit die Zugangsberechtigung zu einem Studium zu erhalten als Kinder aus gut situierten Milieus. Oder anders ausgedrückt: In kaum einem anderen vergleichbaren Land ist der Bildungserfolg der Kindern so stark gebunden an den sozialen Status ihrer Familien.

Wo liegen die Ursachen für diese deprimierenden Befunde? Und was wäre zu tun, um hier erkennbare Verbesserungen zu erreichen?

Erwarten Sie an dieser Stelle bitte keine umfassende Analyse und schlüssige Antworten; ich kann nur auf einige Aspekte hinweisen und die eine oder andere Anregung geben.

1. Wo es Verlierer gibt, gibt es auch Gewinner. Die Gewinner kamen und kommen aus den gut situierten, bildungsorientierten Elternhäusern, die ihren Kindern eine anregungsreiche Alltagswelt bieten konnten. Und die in der Lage waren, den Bildungserfolg bei Bedarf durch Unterstützung der schulischen Leistungen z.B. durch Nachhilfeunterricht oder durch Bildungsangebote zusätzlich zum schulischen Unterricht abzusichern. Aus dieser sozialen Gruppe gab es verständlicherweise wenig Interesse, an den bestehenden Strukturen etwas zu verändern.
2. Ein Beleg und Spiegelbild dieses Beharrungsvermögens ist das unbedingte, fast kämpferische Festhalten an dem gegliederten Schulwesen in der Sekundarstufe I, dem es ganz offensichtlich trotz aller Detailverbesserungen nicht ausreichend gelungen ist, allen Schülerinnen und Schülern Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte in der frühen, im Alter von zehn Jahren getroffenen Trennung in unterschiedliche Bildungsgänge liegen.
3. Die traditionelle Organisation der Schulen in Deutschland, die gekennzeichnet war und überwiegend noch ist durch den dicht gedrängten Unterricht am Vormittag in der Schule und die Nacharbeit, die Hausaufgaben am Nachmittag zu Hause, ist eine strukturelle Benachteiligung der Kinder, die zu Hause niemanden hatten und haben, der helfen und unterstützen könnte, und die eben nicht in einer anregungsreichen Umgebung aufwachsen. Dem liegt vermutlich eine Idealisierung, wenn nicht gar Ideologisierung „der Familie“ zugrunde, die immer noch das politische Handeln von einzelnen Gruppen bestimmt, obwohl „die Familie“ heute sicher nicht mehr von den Strukturen des 19. Und beginnenden 20. Jahrhunderts geprägt ist. Letzte Ausprägungen dieser Haltung erleben wir gegenwärtig am Beispiel der

Betreuungspauschale, die den Eltern gezahlt werden soll, die ihre Kinder im Vorschulalter nicht in eine Ganztageseinrichtung schicken.

4. Der Umfang der Bildungsfinanzierung in Deutschland ist unzureichend. Mit weniger als 4 Prozent Anteil am Bruttosozialprodukt liegen wir auch hier am unteren Ende der vergleichbaren Länder. Zum Vergleich: In den skandinavischen Ländern liegt dieser Anteil bei rund 7 Prozent. Es reicht eben nicht aus, die „Bildungsrepublik Deutschland“ nur auszurufen, wie die Bundeskanzlerin das vor rund zwei Jahren medienwirksam getan hat, man muss dann auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

Was also wäre zu tun?

Die Grundvoraussetzung für jede Form der Veränderung ist, die offene, umfassende und schonungslose Analyse der gegenwärtigen Lage und zwar unter Verzicht auf ideologisch begründete Tabus und Vorfestlegungen. Oder anders ausgedrückt: Realitätsverweigerung führt nur zu Verzögerungen und verhindert rechtzeitige Lösungen.

1. Die Entwicklungen in Europa und in der Welt, vor allem auch unter ökonomischen Gesichtspunkten, dürften auch dem Letzten klar gemacht haben, dass wir es uns überhaupt nicht leisten können, die Begabungen und Potenziale einer großen Zahl von Kindern und Jugendlichen, wenn wir es denn schon nicht um ihrer selbst willen tun, brach liegen zu lassen und nicht zu entwickeln.

Die Industrie, die Wirtschaftsverbände, die Politik, die sogenannten „Eliten“ sind sich in dieser Einschätzung inzwischen weitgehend einig. Der demografische Wandel, der zum Teil dramatische Rückgang der Schülerzahlen, tut natürlich ein Übriges, um diese Einsicht zu befördern. Hier muss es darauf ankommen, die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler in den Blick zu nehmen und umzusetzen und zwar in allen Schulformen.

Es ist sicher ein Verdienst der letzten Landesregierung, im Paragraphen 1 des Schulgesetzes das Recht auf individuelle Förderung verankert zu haben. Es wurde allerdings versäumt, die Schulen durch zusätzliche Stellen und Finanzmittel auch in den Stand zu setzen, diese gesetzliche Forderung in ausreichendem Maße umzusetzen.

2. Vor diesem Hintergrund kommt es nun endlich in fast allen Bundesländern zu den notwendigen Veränderungen zum Beispiel in der Schulstruktur. In Nordrhein-Westfalen ist mit dem Schulkonsens und dem 6. Schulrechtsänderungsgesetz der jahrelange, quälende Prozess der Schulformdebatten beendet worden und der Weg frei für neue weiterführende Lösungen.

Man reibt sich ja die Augen, dass dies ausgerechnet einer Minderheitsregierung gelungen ist, der man das baldige Scheitern vorausgesagt hatte. Und man darf an dieser Stelle auch einmal sagen, dass dies auch ein Erfolg von zwei Frauen ist. Der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und der Schulministerin Sylvia Löhrmann, die mit den Bildungskonferenzen auf Landesebene einen Prozess der Beteiligung organisiert hatten, der Ausgangspunkt und Grundlage des späteren Konsenses war.

Zwischenbemerkung: Dieser Beteiligungsprozess war übrigens ein gutes Beispiel dafür, wie Politikgestaltung und die Vorbereitung von Entscheidungen erfolgreich gelingen kann, Top-Down-Entscheidungen werden zunehmend keine Akzeptanz mehr finden. Dieser veränderte Politikstil unterscheidet damit wohlthuend von dem der Vorgängerregierung.

Natürlich kam hinzu, dass es in zahlreichen Kommunen des Landes, vor allem im ländlichen Bereich, durch das Wegbrechen der Hauptschulen, und zwar völlig unabhängig von den jeweiligen politischen Mehrheiten in den Räten, einen enormen Handlungsdruck in Richtung der Landespolitik gab.

Nun gibt es Stimmen, die hier den großen Wurf vermissen, wie er etwa in Schleswig-Holstein gelungen sei, wo es neben dem Gymnasium nur noch die Gemeinschaftsschule gibt.

Und es trifft ja auch zu, dass es über längere Zeit in manchen Landesteilen und Kommunen in Nordrhein-Westfalen eine verwirrende Vielfalt von Schulformen der Sekundarstufe nebeneinander geben wird.

Gleichwohl wird das neue Schulformangebot der Sekundarschule große Akzeptanz finden, zusätzlich zu dem weiteren Ausbau des Gesamtschulangebots. Damit wird für eine steigende Zahl von Schülerinnen und Schülern eine vielfach entscheidende Weichenstellung nicht bereits am Ende des 4. Schuljahres getroffen, ihre Bildungswege werden länger offen bleiben.

Obwohl der Schulkonsens erst unmittelbar vor der Sommerpause geschlossen wurde und die schulrechtliche Verankerung erst im Herbst verabschiedet wurde, gibt es doch eine nennenswerte Zahl von Anträgen aus Kommunen, die bereits zum kommenden Schuljahr mit der neuen Schulform Sekundarschule starten möchten oder mit der „neuen“ Gesamtschule, für deren Errichtung nunmehr nur noch 100 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang erforderlich sind. Es wäre jedoch fatal, wenn hier nur das Windhundprinzip gelten würde, zumal die Beratungen in vielen Bereichen erst jetzt beginnen. Es kommt hinzu, dass viele Kommunen für sich allein die Probleme gar nicht lösen können. Hier wird es zu verlässlichen Absprachen und Kooperationen zwischen einzelnen Schulträgern im Sinne der Entwicklung einer regionalen Schullandschaft kommen müssen, die sich nicht in dem Nebeneinander oder gar der Konkurrenz erschöpft. Wenn ich die Situation nicht völlig falsch

einschätze, dann liegt hier im Kreis Höxter eine gewaltige Aufgabe vor den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung.

3. Erst seit wenigen Jahren setzt sich allmählich die Einsicht durch, dass die Konzentration der schulischen Angebote allein auf den Vormittag eine deutsche Spezialität ist, die nicht geeignet ist, Kinder und Jugendliche optimal zu fördern. Nachdem zunächst die Gesamtschulen, dann auch zunehmend Hauptschulen den Ganzttag zum Teil ihres Schulprogramms gemacht haben, sind jetzt auch vereinzelt Gymnasien bereit, sich für diese Form der Unterrichtsorganisation zu öffnen. Natürlich ist das auch begründet in der Verdichtung des Unterrichts durch das Abitur nach 12 Jahren. Und ebenso natürlich ist, dass diese Form des Ganztags an gerade einmal drei Nachmittagen nicht dem entspricht, was im europäischen Ausland unter Ganzttag verstanden wird. Aber immerhin, der Anfang ist gemacht.

Ein ganz entscheidender Schritt in Richtung Ganzttag war sicher die Offene Ganztagsgrundschule, die heute an rund 85 Prozent der Grundschulen etwa 30 Prozent der Schülerinnen und Schüler erreicht. Auch hier gibt es allerdings große regionale Unterschiede sowie Unterschiede zwischen einzelnen Schulen.

Ich kann mich gut an die große Zurückhaltung erinnern, die es vor allem auch im Kreis Höxter gab. Man war der Auffassung, dass die Welt hier noch in Ordnung sei. Die Mutter sei ja am Nachmittag zu Hause und könne die Kinder betreuen. Was man dabei übersehen hat war, dass die Offene Ganzttagsschule mehr ist als nur Betreuung, dass sie sich vielmehr zu einem Bildungsangebot entwickelt hat, von dem alle Kinder profitieren können.

Dieser Entwicklungsschub hätte allerdings nicht stattgefunden, hätte es nicht das 4-Milliaren-Programm des Bundes gegeben, das 2002 im Bundestagswahlkampf vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder angekündigt und nach der Wahl umgesetzt wurde. Nordrhein-Westfalen hat aus diesem Topf rund 1 Milliarde Euro erhalten, in den Regierungsbezirk Detmold sind daraus ca. 120 Millionen Euro geflossen. Dieses Beispiel macht deutlich, dass es nicht ausreicht, schöne Programme und Initiativen zu entwickeln und hehre Forderungen zu erheben, diese müssen auch finanziert werden, wenn daraus schulische Wirklichkeit werden soll.

4. Im Zeichen der Finanzkrise ist es möglicherweise nicht ganz einfach, nach höheren Ausgaben für Bildung und Erziehung zu rufen. Wenn aber die Rede von dem rohstoffarmen Land, dessen „Gold in den Köpfen der Kinder“ liegt, ernst gemeint ist, dann ergibt sich daraus zwangsläufig die Notwendigkeit, mehr Gelder für alle Bereiche der Bildung zur Verfügung zu stellen.

Wenn dies über Umschichtungen allein nicht zu schaffen ist, dann wird man auch über Steuererhöhungen oder Sonderabgaben reden müssen. Das mag unpopulär sein, ich bin aber ziemlich sicher, dass man für einen Sondertopf oder „Sondervermögen Bildung“ durchaus Zustimmung erhalten würde. Ganz allgemein habe ich den Eindruck, dass wir bei der dramatischen Situation der öffentlichen Finanzen nicht nur ein Ausgabe- sondern vor allem auch ein Einnahmeproblem haben; darüber wäre aber an anderer Stelle ausführlicher zu reden.

Nun bin ich realistisch genug, um zu sehen, dass es ein langer Weg sein wird, hier zu Erfolgen zu kommen. Deshalb ein Vorschlag, der sich vielleicht schneller umsetzen ließe. Wenn es also auf längere Sicht bei dem jetzigen Finanzvolumen für die Bildung bleibt und keine Erhöhung durchsetzbar ist, dann müsste es dringend zu Umschichtungen innerhalb des Gesamtvolumens kommen und zwar in der Form, dass der Elementarbereich und der Primarbereich deutlich besser ausgestattet werden. Das ergibt sich schlicht und ergreifend aus der Tatsache, dass alle Ansätze und Maßnahmen der Förderung dann besonders wirksam sind, wenn sie so früh wie möglich einsetzen.

Ich will gar nicht verhehlen, dass es in der Vergangenheit und bis heute viele Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen insbesondere für benachteiligte Jugendliche gegeben hat und noch gibt. Alle diese Initiativen sind sicher löblich. Sie sind aber oft zu wenig koordiniert und sie haben, ob man das will oder nicht, den Charakter von Reparaturmaßnahmen. Statt zu reparieren sollten wir auch hier lieber vorbeugen. Die Forderung nach Umschichtung beziehe ich übrigens nicht allein auf die Bundes- und Landesebene. Ich rate sehr dazu, auch in den kommunalen Haushalten einmal zu prüfen, wie die Mittelverteilung vom Elementar- bis in den Sekundarbereich aussieht und ob es nicht auch hier Spielräume für eine Neuorientierung und Umschichtungen gibt.

Wenn ich bisher einige aus meiner Sicht einige wichtige Bedingungen und Rahmenvorgaben aus schulorganisatorischer, schulrechtlicher und finanzieller Perspektive angesprochen habe, möchte ich nun einige Punkte benennen, die sich auch auf die pädagogische Arbeit der Schule der Zukunft beziehen, dazu einige Zitate:

1. „Der Unterricht muss allen Schülern ein Mindestmaß an gemeinsamen sozialen Einstellungen, an Kenntnissen, Fertigkeiten, Gewohnheiten und Erlebnissen vermitteln.
2. Er soll leistungsschwache Kinder besonders fördern und leistungsfähige Kinder besonders anregen.
3. Die Grundschule muss auf Leistungsforderungen behutsam vorbereiten, darf die Kinder aber nicht zu früh unter einen einseitigen Leistungsdruck stellen. Das gilt besonders im Hinblick auf einen zu frühen Übergang in das Sekundarschulwesen.

4. Zu den Aufgaben der Grundschule gehört es, ein altersangemessenes mathematisches, naturwissenschaftliches und technisches Verständnis zu wecken, sowie Anfangsgründe einer Fremdsprache zu vermitteln.
5. Um diese Aufgaben zu erfüllen, muss die Grundschule durch Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen in die Lage versetzt werden, Unterricht und Erziehung flexibel zu gestalten.
6. An den Grundschulen sind die Zahl der Lehrer je Klasse sowie die Lehr- und Lernmittelausstattung zu verbessern, damit individualisierende Unterrichtsverfahren möglich werden.
7. Es kann heute als gesichert angesehen werden, dass ein zu früher Übergang in die verschiedenen Formen der Sekundarschulen wegen der damit verbundenen Festlegung auf Bildungsziele und Schulabschlüsse sowohl für den Bildungsgang des Einzelnen als auch im Hinblick auf das Funktionieren des Schulsystems unzweckmäßig ist, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit, die ein Schulsystem den Kindern unterschiedlicher sozialer Herkunft bietet.“

Es wäre sicher nicht falsch, dort, wo in dem Zitat von Grundschule die Rede ist, „Schule“ einzusetzen, dann wären die Aussagen immer noch stimmig. Sie sind vor allem auch heute noch zutreffend, obwohl sie schon vor einiger Zeit formuliert worden. Sie sind entnommen aus den Bildungspolitischen Leitsätzen der SPD aus dem Jahr 1964, die im Januar 1969 unter dem Titel „Modell für ein demokratisches Bildungswesen“ vorgelegt wurden. Verantwortlich dafür war übrigens ein „gewisser“ Johannes Rau, seiner Zeit Vorsitzender des „Bildungspolitischen Ausschusses beim Vorstand der SPD“.

Sie sehen, meine Damen und Herren, Schul- und Bildungspolitik braucht einen langen Atem, bis sich neue Überzeugungen in den Köpfen verankern und in schulische Realität umsetzen.

Weil das so ist, wird man die Schule der Zukunft nicht gestalten können, ohne sich gleichzeitig auf das zu beziehen, was in der Vergangenheit diskutiert, verhindert oder auch bereits an zukunftsweisenden Perspektiven entwickelt wurde; ich habe versucht, auf einige Entwicklungslinien hinzuweisen.

Der Name Johannes Rau ist schon gefallen. Mit seinem Namen ist auch der Bericht der Bildungskommission NRW verbunden, der 1995 unter dem Titel „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ veröffentlicht wurde.

Ich kann nur jedem empfehlen, sich diesen Bericht noch einmal zur Hand zu nehmen, er hat von seiner Aktualität nichts verloren. Alles, was heute zu tun wäre, ist hier bereits angedacht und formuliert.

Wenn ich einen Abschnitt besonders empfehlen dürfte, dann wäre dies das Kapitel „Schule als Haus des Lernens“, in dem einleitend formuliert wird:

„Schule als Haus des Lernens

- ist ein Ort, an dem alle willkommen sind, die Lehrenden wie die Lernenden in ihrer Individualität angenommen werden, die persönliche Eigenart in der Gestaltung von Schule ihren Platz findet,
- ein Ort, an dem Zeit gegeben wird zum Wachsen, gegenseitige Rücksichtnahme und Respekt voreinander gepflegt werden,
- ein Ort, dessen Räume einladen zum Verweilen, dessen Angebote und Herausforderungen zum Lernen, zur selbsttätigen Auseinandersetzung locken,
- ein Ort, an dem Umwege und Fehler erlaubt sind und Bewertungen als Feedback hilfreiche Orientierung geben,
- ein Ort, wo intensiv gearbeitet wird und die Freude am eigenen Lernen wachsen kann,
- ist ein Ort, an dem Lernen ansteckend wirkt.

.....

Die Schule ist ein Stück Leben, das es zu gestalten gilt.“

(Bericht der Bildungskommission, Seite 86)

Es mag sein, dass für den einen oder anderen hier ein zu hoher Ton angeschlagen wird. Ich bin allerdings der Meinung, dass wir gut daran täten, bei der weiteren Gestaltung der „Schule der Zukunft“ auch solche grundlegenden Überlegungen und Anregungen zu berücksichtigen, damit wir uns nicht allein konzentrieren auf „Vergleichsarbeiten“, „Zentrale Abschlussprüfungen“, „Zentralabitur“, auf die tatsächlich oder vermeintlich messbaren Leistungen und Ergebnisse von Schule.

Bildung ist mehr, als der Erwerb von Kompetenzen allein unter dem Aspekt der ökonomischen Verwertbarkeit; aber auch darüber müsste an anderer Stelle ausführlicher diskutiert werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.